

6 LANDESPOLIT

Kritiker wollen KIT „befrieden“

Karlsruhe Die Atomforschung am Technologieinstitut soll nur noch friedlichen Zwecken dienen.

Im Rahmen eines Symposiums anlässlich der Europäischen Kulturtag in Karlsruhe haben jetzt Kritiker des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) erneut eine Zivilklausel für die Einrichtung gefordert, die 2009 aus der Fusion von Technischer Hochschule und ehemaligem Forschungszentrum hervorgegangen ist. Auch die Atomforschung am KIT dürfe künftig nur noch friedlichen Zwecken dienen, sagte ein Sprecher. Im Mittelpunkt der Kulturtag stehen drei Wochen lang Diskussionen über und Erinnerungen an die Katastrophe des Ersten Weltkriegs.

Im Rahmen einer Diskussion zum Thema „Ethik der Wissenschaft“ übte Dietrich Schulze, der Sprecher der Initiative gegen Militärforschung in Karlsruhe, deutliche Kritik an der Atomforschung am KIT. Diese sollte mit dem Atomausstieg eigentlich erledigt sein, werde suggeriert. Das sei jedoch leider nicht der Fall, sagte Schulze. Atomforschung werde „stattdessen mit Bundes- und EU-Förderung und mit Rückendeckung der grün-roten Landesregierung fleißig fortgeführt“, behauptet Schulze. Der frühere KIT-Präsident Horst Hippler war im August 2010 noch einer der rund 40 Mitunterzeichner einer großformatigen Zeitungsanzeige, die sich damals gegen den Atomausstieg wandte. Hippler war im April 2012 zum Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) gewählt worden.

Schon seit Jahren fordern Schulze und Initiativen von Studierenden am KIT die Einführung einer sogenannten Zivilklausel. Mit einer derartigen Selbstverpflichtung versprechen wissenschaftliche Einrichtungen und Universitäten, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen. Die Studierenden hätten bereits Anfang 2009 für eine Zivilklausel votiert, sagt Schulze. Die KIT-Leitung habe sich jedoch „von Beginn an gegen die Übertragung der Zivilklausel auf die Universität ausgesprochen“.

Schulze forderte dazu auf, „atomare Militärstiefel“ auszuziehen und „solare Turnschuhe fester anzuziehen“. Im Januar hatte der Hochschulsenat der Universität Freiburg eine Zivilklausel beschlossen. Diskussionen darüber gibt es auch an den Universitäten Konstanz, Frankfurt und Köln. Auch die TU Berlin führte vor Jahren eine Zivilklausel ein, die Uni Tübingen verankerte sie bereits 2010 in ihrer Satzung. sj
